

PROTOKOLL

über die 35. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 16.10.2014 im Bürgerhaus Assenheim

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 21:00 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2)
(24 Mitglieder)

Gerhard Einhoff
Michael Hahn
Oliver Herbert
Sven Schäfer
Silke Merz
Hans-Joachim Mücke
Stephanie Rotter
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Erland Kalbhenn
Heinz Kimmel
Stefan Koschorr
Christian Osmalz
Achim Saßmannshausen
Lutz Sierach
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Oliver Seuss
Roland Gosebruch
Barbara Feige
Karl Stier

es fehlten: Torsten Hahn - entschuldigt
Petra Kremer - entschuldigt
Florian Porth - entschuldigt
Dr. Dirk Schneider - entschuldigt
Reinhard Schwarz - entschuldigt
Rolf Lamade - entschuldigt
Andreas Momberger - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Renate Fritz-Mann
Arno Menk
Ursula Einhoff
Herbert Porth
Erhard Reiter
Kurt Meisinger

Schriftführerin: Lillian Malin Keil

Tagesordnung

- TOP 1: Mitteilungen
- TOP 2: vorläufige Haushaltsführung 2014;
Beschluss von überplanmäßigen Auszahlungen
(Vorlage 41/2014)
- TOP 3: Ankauf von Flächen für den Verbindungsweg
Am Krautgarten im Stadtteil Ilbenstadt
Beschlussfassung
(Vorlage 42/2014)
- TOP 4: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bepflanzung des Schorn im Stadtteil Bönstadt
(Vorlage 43/2014)
- TOP 5: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Aufnahme eines Kriegsmahnmals in die Liste der Erlebnispunkte an der
Niddaroute
(Vorlage 44/2014)
- TOP 6: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Unerledigte Anträge und Anfragen
(Vorlage 45/2014)
- TOP 7: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Rampe Verlängerung Sudetenstraße
(Anfrage-Nr. 08/2014)
- TOP 8: Anfrage der CDU-Fraktion;
Waldbewirtschaftung
(Anfrage-Nr. 09/2014)
- TOP 9: Anfrage der CDU-Fraktion;
Radwegebau nach Burggräfenrode
(Anfrage-Nr. 10/2014)
- TOP 10: Anfrage der CDU-Fraktion;
Interkommunale Zusammenarbeit
(Anfrage-Nr. 11/2014)
- TOP 11: Anfrage der CDU-Fraktion;
Breitbandversorgung für Niddatal
(Anfrage-Nr. 12/2014)

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 35. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal. Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 34. Sitzung sind Einwände vorgetragen worden, diese sind entsprechend berücksichtigt und den Stadtverordneten per E-Mail zugestellt worden. Weder zum Protokoll der 33. Noch darüber hinaus zum Protokoll der 34. Sitzung werden Einwände vorgebracht. Die Protokolle gelten somit als beschlossen.

Stadtverordneter Oliver Seuss verweist auf den ausgeteilten Eilantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bzgl. der Flüchtlingssituation in Niddatal und beantragt die entsprechende Erweiterung um diesen Punkt. Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt sodann über die Aufnahme des Eilantrages „Flüchtlingssituation“ abstimmen.

Für die Aufnahme: 17

Gegen die Aufnahme: 0

Enthaltungen: 5

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest:
Die Erweiterung der Tagesordnung ist nicht zustande gekommen, weil die 2/3 Mehrheit nach der Geschäftsordnung fehlt.

TOP 1: Mitteilungen

-Sanierung Trauerhalle Assenheim

Die Maßnahme macht gute Fortschritte und befindet sich im vorgegeben Zeit- und Kostenrahmen.

-Erweiterung und Sanierung Kindertagesstätte Kaichen

Die Maßnahme macht Fortschritte und befindet sich im vorgegeben Zeit- und Kostenrahmen.

-Baumaßnahmen Bahnhof Assenheim

„Bezug nehmend auf Ihre Anfrage teilen wir nach Rücksprache mit DB Station & Service folgendes mit:

Die „Rahmenvereinbarung über die Modernisierung und Qualitätsverbesserung von Personenbahnhöfen der DB Station&Service AG sowie die Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen des Bahnhofmodernisierungsprogramms Hessen“ wurde am 09. August 2011 zwischen dem Land Hessen, den drei hessischen Aufgabenträgern und der DB Station&Service AG geschlossen. Ziel der

Vereinbarung ist die Modernisierung und der barrierefreie Ausbau von 95 hessischen Verkehrsstationen im Zeitraum 2011 bis 2019.

Die DB Station&Service AG betreibt in Hessen 430 Bahnhöfe. Der Bedarf für eine Modernisierung und einem barrierefreien Ausbau war tatsächlich höher, als die Anzahl der Stationen, die in die Rahmenvereinbarung aufgenommen werden konnten. Die Rahmenvereinbarung ist zeitlich begrenzt bis 2019. Das ist zum einen darin begründet, dass Ende 2019 die GVFG-Finanzierung des Landes Hessen ausläuft. Die Begrenzung in der Anzahl der Projekte ergibt sich aus den in diesem Zeitraum verfügbaren Finanzierungsmitteln und den zur Verfügung stehenden Kapazitäten zur Abwicklung der aufgenommenen Projekte.

Die Aufnahme der Projekte in die Maßnahmenlisten der Rahmenvereinbarung erfolgte durch gemeinschaftliche Priorisierungen zwischen dem Land, den Aufgabenträgern RMV, NVV, VRN und der DB Station&Service AG insbesondere nach den Kriterien der verkehrlichen Bedeutung der Verkehrsstation, des Anlagenzustandes, der Reisendenzahl sowie der ggf. fehlenden Barrierefreiheit. Für die Entscheidung zu einem barrierefreien Ausbau ist der maßgebliche Faktor neben der verkehrlichen Bedeutung die Reisendenzahl. Mit aktuell ca. 500 Reisenden am Tag rangiert Assenheim (Oberhess) nur im unteren Drittel der hessischen Stationen. Auch die der DB Station&Service AG vom Bund für den Betrieb und die Vorhaltung ihrer Anlagen zur Verfügung gestellten Mittel sind begrenzt, und wie aktuell in der Presse wiederholt berichtet, im Grunde auch nicht auskömmlich. Die Auswahl der infrage kommenden Projekte richtet sich hier insbesondere nach deren technischem Zustand. Bei der technischen Bewertung des Anlagenzustandes, die von der DB Station&Service AG fortlaufend durchgeführt wird, ergab und ergibt sich für die Station Assenheim (Oberhess) im Vergleich mit anderen Verkehrsstationen keine akute Notwendigkeit für die Erneuerung der Anlagen.

Wir hoffen Ihnen hiermit in Kürze aber dennoch ausreichend den Priorisierungs- und Auswahlprozess für die Rahmenvereinbarung erläutert zu haben. Unsere Prioritäten für die Station Assenheim (Oberhess) beschränken sich daher auf die für die Erhaltung der Anlagen festgelegten Regelprozesse in unserem Anlagenmanagement.“

Soweit eine erste Antwort.

Die weiteren Fragen:

Worum handelt es sich bei den Bauarbeiten, die derzeit am Gleiskörper durchgeführt werden, und wie lange werden sie noch andauern?

Ist eine Sanierung des Pflasters am Bahnhofsvorplatz vorgesehen?

Welche Nutzung ist für das Bahnhofsgebäude vorgesehen? Soll es verkauft werden?

Wird die Stelle im Bahnhofsgebäude weiterhin besetzt bleiben?

Wenn die Steuerung der Signalanlagen/Weichen zukünftig von außerhalb erfolgen soll, könnte sie entfallen. Was würde dann mit dem nicht abgesperrten Übergang zum zweiten Gleis? Ist eventuell eine Unterführung geplant werden nach telefonischer Rücksprache von den zuständigen Stellen in Kürze ebenfalls beantwortet. Sobald die Antworten vorliegen, werde ich Sie ihnen zukommen lassen.

TOP 2: vorläufige Haushaltsführung 2014;
 Beschluss von überplanmäßigen Auszahlungen

Bürgermeister Dr. Hertel verweist auf die ausgeteilte Tischvorlage. Nach teilweise kontrovers geführter Diskussion werden folgende Beschlüsse gefasst:

A. Mehrkosten beim Bau von Buswartehäuschen

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Auszahlung von überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 14.706,49 €.

B. Ankauf eines gebrauchten Fahrzeuges für den Bauhof

C. Ankauf einer USV

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die aufgeführten überplanmäßigen Auszahlungen zur Kenntnis und stimmt diesen zu.

D. Ersatzbeschaffung einer Frontkehrmaschine

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Auszahlung von überplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von 3.619,62 € zum Ankauf einer neuen Frontkehrmaschine.

Abstimmung:

19 Ja Stimmen

1 Gegenstimme

4 Enthaltungen

TOP 3: Ankauf von Flächen für den Verbindungsweg
 Am Krautgarten im Stadtteil Ilbenstadt
 Beschlussfassung

Bürgermeister Dr. Hertel teilt mir, dass der Vertrag über den Ankauf dieser Flächen bereits geschlossen wurde unter dem Vorbehalt dass die Stadtverordnetenversammlung Ihre Zustimmung geben wird.

Nach kurzer Diskussion lässt Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann über folgende Beschlussfassung abstimmen.

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Ankauf der Fläche Flur 10, Flurstück 52/4 (45 qm) und einer noch zu vermessenden Teilfläche von rd. 38,4 qm aus der Parzelle Flur 10 Flurstück 51/10 in der Gemarkung Ilbenstadt für den Ausbau eines Verbindungsweges zu.

Der Kaufpreis beträgt 20.000,-- €. Für den Fall, dass sich nach Vermessung der angekauften Teilfläche von 38,4 qm eine Mehr- oder Minderfläche ergeben sollte, erfolgt eine Verrechnung des Kaufpreises auf der Basis von 240,-- €/qm.“

Für den Beschlussvorschlag: 24

Gegen den Beschlussvorschlag: 0

Enthaltungen: 0

Somit einstimmig beschlossen.

TOP 4: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bepflanzung des Schorn im Stadtteil Bönstadt

Stadtverordneter Markus Nikleniewicz begründet für seine Fraktion den Antrag. Nach kurzer Diskussion stellt Stadtverordneter Achim Saßmannshausen den Antrag auf Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Witmann lässt über den Antrag auf Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen.

Für die Überweisung: 24

Gegen die Überweisung: 0

Enthaltungen: 0

TOP 5: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Aufnahme eines Kriegsmahnmals in die Liste der Erlebnispunkte an der Niddaroute

Stadtverordneter Dieter Eisenberg begründet ausführlich den Antrag seiner Fraktion. Nach kurzer Diskussion stellt Stadtverordneter Achim Saßmannshausen den Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur.

Über diesen Überweisungsantrag lässt Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Witmann abstimmen.

Für die Überweisung: 19

Gegen die Überweisung: 4

Enthaltungen: 1

TOP 6: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Unerledigte Anträge und Anfragen

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründet ausführlich den Antrag der im Haupt- und Finanzausschuss behandelt werden soll.

Nach intensiv und kontrovers geführter Diskussion lässt der Stadtverordnetenvorsteher darüber abstimmen:

Für die Überweisung: 5

Gegen die Überweisung: 12

Enthaltungen: 7

Somit ist die Überweisung abgelehnt.

TOP 7: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Rampe Verlängerung Sudetenstraße

Frage 1:

In welchem Haushalt wurde die Maßnahme veranschlagt?

Antwort:

Im Nachtrag 2011: 2.500 €

Im Haushalt 2012: 55.000 €

Im Nachtrag 2012 wurde der Ansatz wieder um 50.000 € gekürzt

Im Entwurf des Haushalts 2013 war wieder ein Ansatz von 50.000 € vorgesehen

Im überarbeiteten Haushalt 2013 wurde der v.g. Ansatz nicht eingestellt

Frage 2:

Wie hoch ist die eingestellte Summe?

Antwort:

Aus den Haushalten 2011 und 2012 7.500 €

Frage 3:

Steht die Summe noch zur Verfügung?

Ja, sofern der Magistrat sie nicht in den Jahresabschlüssen streicht
Eine Rechnung steht allerdings noch aus

Frage 4:

Wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?

Antwort:

Frühestens 2015, wenn die benötigten Mittel in den Doppelhaushalt 2015/2016 eingestellt werden, und der Haushalt genehmigt ist.

TOP 8: Anfrage der CDU-Fraktion;
 Waldbewirtschaftung

Frage 1:

Gibt es schon einen Ansatz für das Ergebnis 2014?

Antwort:

Nein (nach Plan 2014 wird mit einem Überschuss in Höhe von rd. 1.000 € gerechnet)

Frage 2:

Mit welchen Erträgen ist in den nächsten Jahren zu rechnen?

Antwort:

Eine Prognose gibt es von Seiten des Forstamtes nicht
Nach unserem Haushaltssicherungskonzept soll in den kommenden Jahren durch Mehreinschlag mindesten ein Überschuss von 10.000 € pro Jahr erwirtschaftet werden

Frage 3:

Gibt es eine Kalkulation zu den möglichen Einschlagswerten (Mengen)?

Antwort:

Ja: 1.000 Festmeter

Frage 4:

Wie ist der aktuelle Wert der Waldflächen in unserem Besitz?

Antwort:

Der Bilanzwert beträgt 1.830.000 €

TOP 9: Anfrage der CDU-Fraktion;
 Radwegebau nach Burggräfenrode

Frage 1:

Gibt es schon konkrete Projektplanungen?

Antwort:

Bisher gibt es eine Vorplanung, damit das Projekt für das Landesförderprogramm beim Land Hessen angemeldet werden konnte.

Frage 2:

Wie ist der Sachstand?

Antwort:

Nachdem die Stadt Niddatal nun beschlossen hat, sich an dem Projekt zu beteiligen, können jetzt die weiteren Planungsschritte in Gang gebracht werden. Am 17. Oktober findet ein Arbeitsgespräch beider Städte und Bürgermeister hierzu statt. Die Entwurfs- und Genehmigungsplanung wird dann beauftragt. Es müssen Grundstücke angekauft - und eine Ausgleichsbilanzierung muss erstellt werden. Liegt das alles vor, ist das Baurecht zu beantragen; voraussichtlich über einen Antrag bei Hessen Mobil auf Unterbleiben der Planfeststellung. Liegt Baurecht vor, kann der Fördermittelantrag bei Hessen Mobil gestellt werden. Bewilligung und Bewilligungszeitpunkt obliegt dann dem Land Hessen. Die Durchführung der Baumaßnahme darf erst nach Vorlage des Bewilligungsbescheides erfolgen

Frage 3:

Wann kann mit dem Baubeginn gerechnet werden?

Antwort:

Das ist abhängig von der Verfügbarkeit der Grundstücke und der Bewilligung der Fördermittel. Sollten wir zügig in den Besitz der Grundstücke kommen, könnte eine Fördermittelantragstellung zum September 2015 erfolgen, gibt es hier Verzögerungen, wäre das erst zum September 2016 möglich (Stichtag der Antragsstellung jeweils 30.9. eines Jahres). Je nach Bewilligungszeitpunkt der Fördermittel kann dann mit dem Bau begonnen werden.

TOP 10: Anfrage der CDU-Fraktion;
 Interkommunale Zusammenarbeit

Frage 1:

Gibt es schon konkrete Projekte mit anderen Kommunen?

Antwort:

Nein

Frage 2:

Wenn ja, mit welchen Kommunen und in welchen Bereichen?

Antwort:

s.o.

Frage 3:

Wenn nein, bis wann ist beabsichtigt dies mit den anderen Kommunen zu vereinbaren

Antwort:

Im Laufe des nächsten Jahres

TOP 11 Anfrage der CDU-Fraktion;
Breitbandversorgung für Niddatal

Frage 1:

Wie hoch ist der Finanzierungsanteil der Stadt Niddatal für den Breitbandausbau?

Antwort:

Der Finanzierungsanteil kann erst nach erfolgter Ausschreibung feststehen. Daneben ist er stark von der Entscheidung abhängig, ob man ein Netzmietmodell oder ein Zuschussmodell wählt. Die Gesellschafterversammlung der Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetterau, der auch die Stadt Niddatal angehört, hat sich einstimmig für das Netzmietmodell, also die Eigenrealisierung, ausgesprochen, weil dies nach gegenwärtiger Lage der Dinge die wirtschaftliche Variante darstellt und das Eigentumsrecht am zu errichtenden Netz als Vorteil mit sich bringt. Die zur Umsetzung gegründete Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen (BIGO) hat aktuell ebenfalls eine gleichlautende Entscheidung getroffen und wird auf Basis dieser Beschlüsse die weiteren Schritte zur Vorbereitung einer Ausschreibung umsetzen. Seitens der BIGO wurde den Kommunen als Gesellschaftern zugesagt, dass im Zeitraum der Haushaltsaufstellung konkretisierte Kostenschätzungen zugeleitet werden.

Frage 2:

Wann kann bei einem Vertragsabschluss mit dem Beginn der Arbeiten und der Fertigstellung gerechnet werden?

Antwort:

Der Beginn der Bauarbeiten hängt stark vom Verlauf und dem Ergebnis der geplanten Ausschreibung ab. Derzeit wird mit den für die Vergabe des Zuschlages an einen Netzmietler entscheidenden Gremienentscheidungen im ersten Halbjahr 2015 gerechnet.

Frage 3:

Nach einem Pressebericht im KA vom 3.09.2014 beabsichtigt die Gemeinde Limeshain zusammen mit der Gemeinde Hammersbach ein interkommunales Gewerbegebiet durch die Breitband Main-Kinzig GmbH erschließen zu lassen. Die Kosten dafür sollen laut Pressebericht nur etwa die Hälfte von den Kosten betragen, die die Wetterauer Breitbandbeteiligungsgesellschaft „grob“ geschätzt hat.

Da Niddatal auch direkt an der Grenze zum Main-Kinzig-Kreis liegt und in Erbstadt schon eine Breitbandversorgung vorhanden ist, möchten wir in Erfahrung bringen ob der Magistrat und/oder der Bürgermeister als Option eine Zusammenarbeit mit der Breitband Main-Kinzig GmbH schon geprüft haben?

Antwort:

Hier muss zunächst eine Aussage folgen, ob man den MKK ansprechen will). Auch bei einer Erschließung durch die Breitband-Main-Kinzig-GmbH sind die gleichen verfahrensrelevanten Schritte zu beschreiten wie bei der beschriebenen Wetterauer Lösung. Kostenschätzungen, auch in grober Form, liegen nicht vor. Die Situation in Limeshain wäre im Übrigen nicht vergleichbar, denn es handelt sich dort um ein interkommunales Gewerbegebiet, welches nicht nur in räumlicher Nähe zu den neue Versorgungsstrukturen im MKK liegt, sondern auch in Zusammenarbeit mit Kommunen des MKK realisiert wird.

Frage 4:

Wenn nein, ist beabsichtigt vor einer Entscheidung einen Kostenvergleich für die Stadt zwischen den beiden Breitbandgesellschaften durchzuführen?

Antwort:

s.o.

Nachdem die Tagesordnung abgearbeitet ist schließt der Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann um 21:00 Uhr die heutige Sitzung. Der Stadtverordnetenvorsteher bedankt sich wieder für die Mitarbeit und wünscht allen Beteiligten einen guten Nachhauseweg.

Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Lillian Malin Keil
Schriftführerin